Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 200 000 M.

# Deutsche Allgemeine Zeitung

## Tägliche Rundschau

Donnerstag
13. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Geschäftsst. Berlin Nr. 107 941. Die „TRZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugs 2 700 000 ℳ für die Woche vom 9—15 Sept.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder ähnlichen Hindernissen des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen: 1 200 000 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Rabattsätze werden nach besonderem Tarif berechnet.

13. 9. a Nr. 424 200 000
62. Jahrgang.

Holzmetallfreie Trabant-Schreibmaschinenfabrik Berlin NW 7. Zentrum 10639 u. 11555

## Was geht im Memellande vor?

Von
Oberstudiendirektor **Dr. Schultz.**
Insterburg.

Das politische Interesse des deutschen Volkes ist in den letzten Monaten fast ausschließlich an den Vorgängen an der Ruhr in Anspruch genommen worden. Es spielen sich aber auch an unserer Ostgrenze, in kleinerem Rahmen freilich, Ereignisse ab, die wert sind, mit größerem Ernste betrachtet zu werden, als es gemeinhin der Fall ist. Dem Deutschtum im Memellande droht der Untergang. Was Kenner des Ostgrenzuertums von einer Vereinigung Memels mit Litauen erwartet haben, ist jetzt eingetreten. Seitdem eine kleine nationalistische Gruppe mit Hilfe Kownos die Franzosen aus Memel herausgedrängt und eine Diktatur errichtet hat, wird die Litauisierung des Landes mit der diesen wenigen Bauernstaaten des Ostens eigenen Brutalität betrieben.

Es hat im Reiche immer Kreise, auch sehr maßgebliche, gegeben, die in der Angliederung des Memellandes an Litauen die beste Lösung des durch den sogenannten Freien Korridor verursachten aufgeworfenen Memellandproblems erblickten. Man wollte durch ein solches Opfer verhindern, daß sich Polen an der Mündung des großen Flusses festsetzte und so Ostpreußen im Westen und Osten zugleich umklammerte. Von seiten der in ganzen Reiche verbreiteten Memellandbünde ist aber stets darauf hingewiesen worden, daß eine solche Politik so viel Bestehendes in sich haben mag, außerst gewagt sei, da selbst eine solche Angliederung des Landes an Litauen bei dem chauvinistischen Charakter der Kownoer Regierung, besonders aber der von ihr in Memel unterstützten prägnitischen Partei den Untergang des Deutschtums in diesem seit mehr als 600 Jahren zu Preußen gehörenden Gebiet nach sich ziehen würde. Gewagt scheint deshalb, weil durch die Vereinigung Memels mit Kowno in einer Weise eine Garantie dafür gegeben sei, daß nicht doch gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen zu einer Verbindung Litauens mit Polen führen würden, wodurch dann leicht die Umklammerung Ostpreußens durch Polen vollzogen wäre. Die Rede des Litauischen Ministerpräsidenten Galvanauskas auf der Kownoer Messe hat nun freilich bewiesen, daß Litauen die ihm von Polen in Wilna geschlagene Wunde nicht vergessen hat und seine alte Hauptstadt noch einmal zurückerhalten hofft, wenn eine polnisch-litauische Union, die zeitweise schon greifbare Formen anzunehmen schien, noch in weite Fernen rückt ist.

Die andere Befürchtung hat sich aber als durchaus berechtigt erwiesen, daß Litauen nach der Aneignung Memels fort der Kampf gegen das Deutschtum aufnehmen würde. Dieser Kampf richtet sich zunächst gegen alle die Männer, die seit Jahren in manchfacher Weise für den Zusammenschluß der Deutschen und deutschsprechenden Litauer gearbeitet haben und für eine möglichst große Autonomie des Landes eingetreten sind. Ausweisungen und unaufhörliche Schikanen sind die Mittel, mit denen der eigentliche Diktator des Landes, der frühere preußische Oberpräsident Simmerwitz, die Deutschen einzuschüchtern und mundtot zu machen sucht. Deutsche Zeitungen werden unter ganz nichtigen Vorwänden auf Wochen verboten, während die litauischen Blätter täglich sich ungestraft in den gemeinsten Angriffen gegen die deutschen Mitbürger und das Deutschtum überhaupt ergehen können. Reichsdeutsche Beamte, heute dürfen im Lande nicht beschäftigt werden. Vor wenigen Tagen hat der Polizeidirektor Teleikies den Vogel mit einer Verfügung abgeschossen, die selbst das Herunjehen deutscher Musiker zu Familienfesten, das Singen deutscher patriotischer Lieder unter Strafe stellt. Deutsche Vereins- und Volksfeste seien überwacht und über jede Veranstaltung ein Bericht eingereicht werden. Das Spitzelwesen blüht in Blüte und verhindert jede freie Meinungsäußerung. In gleicher Zeit erging sich der litauische Ministerpräsident in Kowno in schönen Redewendungen über das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten in neuen litauischen Staate.

Und was hat die deutsche Regierung dazu? Gewiß, das Reich hat im Frieden von Versailles auf Memel verzichten müssen. Das bedeutet aber nicht das völlige Desinteressement am Schicksal der Memelländer. Wahrend ein Deutscher nach dem anderen, und zwar trifft es die besten, über die Grenze abgeschoben wird, studieren mittlerweilen litauische Studenten auf unseren Hochschulen, wohnt der Verleger des gemeinsten prägnitisch-litauischen Hetzblattes angeblich in Berlin, zahlen wir mit steuerbeiden Mitteln litauischen Renegaten, die jetzt in Memel auf dem Deutschtum herumtreten, ihre Pensionen, die sie sich einmal in preußischen Diensten erworben haben, und leben eine „reichstreu" denkende Nation! Ja, mehr noch, wir beurlauben Beamte, deren litauische Gesinnung außer Frage steht, auf mehrere Jahre nach Memel, um dort dem Reiche sich dort in aller Ruhe einen guten Posten besorgen können, um später gegen die Deutschen mit dem Eifer eines Ueberläufers vorzugehen. So geschehen vor wenigen Tagen am Amtsgericht in Krankehmen!

Glaubt man wirklich durch dieses Duldertum die litauische Regierung gewinnen zu können? Das kleine bedrängte Litauen ist auf Deutschland mindestens ebenso angewiesen wie wir auf Litauen. Wir wünschen gute Beziehungen zu dem jungen Staatswesen. Durch dieses einen großen Volkes ganz unwürdige Ueberfürsorgebehandlung werden wir sie aber sicherlich nicht erreichen, sondern Gegensätze großzüchten helfen, die schließlich auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu gereisten drohen.

Die Politik wird nicht nur durch objektive Faktoren bestimmt, auch die Persönlichkeiten spielen eine äußerst wichtige, oft ausschlaggebende Rolle. Auch all den unerhörten Vorfällen im Memelgebiete können wir Ostpreußen uns nicht dem Gedanken verschließen, daß die Vertretung des Reiches im Memellande es an der nötigen Umsicht und Energie hat fehlen lassen. Wir wollen wünschen, daß die Reichsregierung die Memelfrage auch von dieser Seite her mit großem Ernste prüft.

## Kriegsgerüchte in London.

### England will auch den Fiumekonflikt vor den Völkerbund gebracht wissen.

A. **London**, 13. 9. (Eigenbericht.)

Die Frage von Fiume und Albanien wird hier dahin gekennzeichnet, daß die Gefahr von Zusammenstößen mit jeder Stunde größer wird. Amerikanische Telegramme aus Genf kündigen sogar an, daß, falls der Völkerbund nicht sofort eingreife, in den nächsten Tagen der Krieg zwischen Italien, Griechenland, Serbien, Bulgarien und Ungarn ausbrechen werde.

Die englische Auffassung wendet sich weiterhin scharf gegen die Haltung Mussolinis in der Raumungsfrage und verlangt, daß auch der Fiume-Konflikt vor den Völkerbund gebracht werden solle. In den Kreisen der Londoner Balkanpolitiker wird bezweifelt, daß, falls ein Angriff Italiens auf Serbien erfolge, das Defensivabkommen mit Griechenland in Kraft treten würde. Die Verhandlungen zwischen Belgrad und Athen, über die in den letzten Tagen widerholt berichtet wurde, scheinen in dieser Hinsicht zum Ziele geführt zu haben.

Ueber die militärischen Vorbereitungen sowohl auf serbischer als auf italienischer Seite laufen fortgesetzt weitere Meldungen ein. Es ist gewiß kein Zufall, daß der französische General d'Esperey, der während des Krieges Kommandeur der alliierten Truppen an der mazedonischen Front beleghigte, sich gegenwärtig in Belgrad befindet.

### Poschitsch über seine Pariser Reise.

**Belgrad**, 13. 9. (W. T. B.) Ministerpräsident Poschitsch wurde gleich nach seiner Ankunft vom König empfangen, dem er über das Ergebnis seiner Sendung nach Paris berichtete. Einem Vertreter des „Politika" hat der Ministerpräsident mitgeteilt, daß bei seiner Zusammenkunft mit Poincaré auch die Fiumaner Frage ausführlich besprochen worden sei. Die Lieferung von Ausrüstungsmaterial für das Heer auf Rechnung des Anleihekredits von 300 Millionen Frank werde noch im laufe dieses Monats beginnen. Ebenso besprach sich Poschitsch eingehend mit dem italienischen Botschafter Avezzano, der die Versicherung gab, die Fiumaner Frage werde doch noch friedlich gelöst werden.

### Helfferich für seinen Währungsplan.

Dr. Helfferich verbreitet durch T. U. einen Artikel „Bretwäbrung", in dem er die Grundzüge seines Währungsplans, der unsern Lesern bekannt ist, nochmals erläutert. Aus den Inhalt des Vorschlages tragen wir oder noch nach, daß die neu zu gründende Bank den Kredit in Westdeutschland bis Januar beschränken, die Besteuerung der Betriebe 200 Millionen Goldmark zum Rückkauf der Schatzanweisungen und Noten und ferner einen berechtigten Uebergangskredit von zwei Milliarden Goldmark, gleich der Hälfte ihres Grundkapitals und ihrer Reserven, zur Verfügung stellen soll. Der Kredit ist auf die Dauer von zwei Jahren bemessen, innerhalb welcher Zeit das Reich seine Finanzen in Ordnung zu bringen hätte. Es heißt dann weiter:

„Ausgleich der Tatsache, daß wir den Beginn des Katastrophalen Jahres (Währung) in dem Quartal April bis Juni 1922, der innere Reichshaushalt nach Abbezahlung der Zinkhöhe an den Betriebsüberschüssen, monatliche Ueberschüsse in Höhe von mehr als 100 Millionen Goldmark aufwies, muß es für die Finanzverwaltung des Reiches nach Abtrennung der auf der Geldentwertung selbst fließenden Defizitmelle möglich sein, mit dem sehr reichlich bemessenen Zahlen der von der Bäckermesse bereitgestellten Uebergangskredite zurechtzukommen."

Helfferich betont, daß die von ihm befürwortete Notwährung nur Zahlungsmittel für den inländischen Verkehr schaffe, und daß für den Verkehr mit dem Ausland eine Ergänzung zu schaffen sei gemäß den Vorschlägen der Industrie. Die endgültige Konstruktion könne nur die Goldwährung sein. — Die Kritik Helfferichs mit einem Angriff auf das Kabinett, das von neuem in Beratungen über ein Projekt eingetreten sei, zu dessen Durchführung längere Fristen notwendig wären, während es jetzt mit größter Beschleunigung zu handeln gelte. Es sei aber auch durch die letzte Rede des Reichskanzlers die Rückkehr auf die von ihm (Helfferich) vorgeschlagene Grundlage aufgerufen erscheint, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Denn das Angebot des Reichskanzlers an die Reparationsgläubiger, das Lasten eine erste Hypothek auf das deutsche Staatsgebiet zu gewähren, stellt, sei geeignet, die Grundlagen für die Schaffung eines neu fundierten Geldes zu zerstören. Es gelte, die Spekulation nach einer bestimmten erheblichen, verlässig aber zahlenmäßig noch unbekannten Vorbelastung Lüge sich ein neues Zahlungsmittel nicht aufbauen.

### Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 16. September 1923 ab werden die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn wiederum erhöht und zwar auf das Doppelte der für die erste Septemberhälfte geltenden Sätze. Die Lohnsteuer von diesem Zeitpunkte ab:

a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 1 750 000 ℳ (bisher 900 000 Mark), wöchentlich je 172 500 ℳ (bisher 86 400 ℳ);

b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 1 460 000 Mark (bisher 2 400 000 ℳ), wöchentlich 1 152 000 Mark (bisher 576 000 ℳ);

c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 6 000 000 ℳ (bisher 3 000 000 Mark), wöchentlich 1 440 000 ℳ (bisher 720 000 Mark).

### Deutsche Besteibsäuberung an Holland.

**Haag**, 13. 9. (W. T. B.) Der deutsche Gesandte Freiherr von Lucius hatte gestern eine vertrauliche Unterredung mit Außenminister von Wijnkoop. Es heißt, daß die Ausweisung von Mitgliedern der deutschen Regierung amtlich die Beziehungen zu dem neuen Staatswesen. Durch dieses einen großen Volkes ganz unwürdige Ueberfürsorgebehandlung werden wir sie aber sicherlich nicht erreichen, sondern Gegensätze großzüchten helfen, die schließlich auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu gereisten drohen.

Die Politik wird nicht nur durch objektive Faktoren bestimmt, auch die Persönlichkeiten spielen eine äußerst wichtige, oft ausschlaggebende Rolle. Auch all den unerhörten Vorfällen im Memelgebiete können wir Ostpreußen uns nicht dem Gedanken verschließen, daß die Vertretung des Reiches im Memellande es an der nötigen Umsicht und Energie hat fehlen lassen. Wir wollen wünschen, daß die Reichsregierung die Memelfrage auch von dieser Seite her mit großem Ernste prüft.

## England droht Mussolini.

### Der Streit um die Räumung Korfus.

S. **Paris**, 13. 9. (Eigenbericht.)

Auch die gestrigen beiden Sitzungen der Botschafterkonferenz haben eine Lösung der Korfu-Frage nicht gebracht. Mussolini zeigt sich unnachgiebiger denn je, wenn er auch äußerlich zu einigen Konzessionen bereit scheint. Nach der zweiten Sitzung der Botschafterkonferenz, die erst nach 8 Uhr abends zu Ende ging, hatte der englische Botschafter Crewe eine halbstündige Unterredung mit Poincaré.

Die Gegensätze sind größer denn je. Entsprecht die endgültige Antwort Italiens, die heute erwartet wird, nicht den Wünschen der Konferenz, so wird, wie Crewe gestern deutlich sagte, die letzte Folge die sein, daß **England sich heute abend wieder jede Handlungsfreiheit vorbehält.** Man möchte zwar allgemein in dem äußerlich langsamen Fortgang der Verhandlungen keinen Grund zum Pessimismus wissen, macht aber andererseits kein Hehl aus den Schwierigkeiten, die durch nebenherlaufende unmittelbare Verhandlungen zwischen den einzelnen Kabinetten noch vergrößert werden.

**England möchte für die Räumung Korfus von Italien ein bestimmtes Datum; Italien ist grundsätzlich damit einverstanden, verlangt aber zunächst volle Genugtuung.**

Es handelt sich also darum, hierfür eine alle Seite befriedigende Antwort zu finden, und dies ist bisher nicht gelungen, so sehr man sich gleichzeitig auch in Genf in der gleichen Richtung unablässig bemüht hat.

### Lebhafte Auseinandersetzungen in der Botschafterkonferenz.

**Paris**, 13. 9. Die gestrigen Unterhandlungen in der Botschafterkonferenz über die Korfu-Frage waren ganz außerordentlich lebhaft. Sie enwickelten sich hellenweise zu einem direkten Zwiegespräch zwischen dem englischen und dem italienischen Botschafter. Der italienische Botschafter vertrat im Auftrage Mussolinis den Standpunkt, daß Korfu erst geräumt werden könne, wenn die Schuldigen für den Mord von Janina zur Aburteilung gelangt seien. Der englische Botschafter soll, wie eine gut informierte diplomatische Persönlichkeit mitteilt, dem italienischen Botschafter gesagt haben:

„Wenn nun zum Beispiel die Mörder geflüchtet sind und wir sie niemals fangen können, wird dann Italien ewig in Korfu bleiben?"

Es verlautet aus guter diplomatischer Quelle, daß die Verhandlungen dadurch an Schwierigkeit eingeholt haben, daß die Boßmacht, die Botschafter Avezzano von Mussolini erteilten hat, außerordentlich beschränkt ist, und daß infolgedessen mehrfache Rückfragen nach Rom unvermeidlich geworden sind. Trotzdem die französischen offiziellen Kreise gestern abend einen gewissen Optimismus an den Tag gelegt haben und vielleicht hofften, man werde heute eine erlösende Formel finden, bezweifelt man in einzelnen Blättern und politischen Kreisen die Tage mit recht scharfer Skepsis.

### Das Anlaufen griechischer Schiffe in italienischen Häfen gestattet.

**Paris**, 13. 9. (T. U.) Laut einer Havasmeldung aus Athen hat der italienische Geschäftsträger dem griechischen Außenministerium mitgeteilt, daß die griechischen Schiffe fortan wieder ungehindert die italienischen Häfen anlaufen können.

### Italienisches Geschwader unterwegs nach Griechenland.

**London**, 13. 9. (T. U.) Die „Daily Mail" erfährt aus Brindisi, daß ein italienisches Geschwader nach dem Hafen Piräus ausgebrochen ist, um dort die Ehrenbezeugungen der griechischen Flotte vor der italienischen Flagge, die zu den Sühnebedingungen für den Mord von Janina gehören, entgegenzunehmen.

### Wechsel in der Leitung des „Matin".

**Paris**, 13. 9. Senator Henri Bonnevent übernimmt seine Demission als Direktor des „Matin". Sein Nachfolger ist auf seinen Wunsch der bisherige Chefredakteur des „Matin", Stephan Lauzanne zurückzuführen. Während Lauzanne die politische Leitung des „Matin" Kaufpolitik unterstützt, leitet Bonnevent auf seiten der Kleinen Entente.

### Antispanische französische Propaganda.

S. **Paris**, 13. 9. (Eigenbericht.) Das „Journal" wird nicht müde, die Schwierigkeiten Spaniens wegen Marokko tagtäglich in neuen Meldungen zu schildern. So heißt es heute wieder, daß in den militärischen Kreisen Barcelonas heftiger Meinungsstreit für und wider den Marokko-Feldzug entbrannt sei, der sich nach und nach auf alle spanischen Garnisonen ausdehne.

Nach einer Reuter-Meldung aus Melilla fell in der spanischen Armee die Bubonenpest ausgebrochen sein, der bereits zehn Mann zum Opfer gefallen wären.

### Ein militärischer Putsch in Barcelona?

**Paris**, 13. 9. Die „Agence Havas" veröffentlicht folgende Nachricht aus Barcelona: Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anklagt, sie führe das Land dem Untergange entgegen und mitteilt, daß die Militärpartei beschlossen habe, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um über morgens ist die Telefonzentrale besetzt worden; die Stadt ist ruhig, man erwartet die Kundgebung der angekündigten Maßregeln in kürzester Frist. Nach aus Madrid eingetroffenen Nachrichten ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

*

Die französische Quelle dieser Nachricht ist zu beachten.

## Unter der Gewaltherrschaft.

### Drei neue Todesopfer.

**Paris**, 13. 9. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist in der Nähe von Haugel am 10. September ein Deutscher von einer Schildwache getötet worden.

**Essen**, 13. 9. (Mtb.) In Lennep wurde am 11. September ein aus Remscheid stammender Mann angeblich beim Schmuggeln von den Franzosen erschossen.

### Von Marokkanern ermordet.

**Trier**, 13. 9. (Mtb) Der Polizeiassistent Reuter aus Trier wurde seit dem 27. August vermißt. Nachdem nun die Nachforschungen jetzt gegeben haben, beland er sich in der Nacht vom 26. zum 27. mit einer bei ihm zu Besuch weilenden Frau auf dem Heimweg nach Trier. Drei Marokkaner überfielen die beiden. Während Reuter ermordet wurde, versuchten die Schmarzer die Frau zu vergewaltigen. Durch deren heftigen Widerstand sowie durch das Herannahen eines Autos liefen die Verbrecher jedoch von ihrem Opfer ab.

### Schandurteil gegen Mitglieder der Handelskammer Essen.

**Essen**, 13. 9. Die seit dem 27. März 1923 im Zuchthaus von Werden von den Franzosen gefangengehaltenen Herren der Handelskammer im Kreise Essen-Mülheim, Ruhr-Oberhausen zu Essen, Dr. Dresbach und Cygan, sowie am Freitag, den 7. d. M., vor dem Werdener Kriegsgericht. Dr. Dresbach erhielt ein halbes Jahr Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe, Cygan ein Jahr Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe. In beiden Fällen wird die Untersuchungshaft angerechnet. Die Anklage lautete auf Gehorsamsverweigerung wegen Nichtherausgabe von amtlichen Akten bei der am 27. März erfolgten Durchsuchung der Handelskammer sowie Anlaufsetzung eines gegen General Degoutte gerichteten Schreibens.

### Revisionsantrag gegen das Düsseldorfer Todesurteil.

**Düsseldorf**, 13. 9. (Mtb.) Der am 8. September vom Düsseldorfer Kriegsgericht wegen des Anschlags auf eine französische Truppenabteilung zum Tode verurteilte Student Raabe hat gegen das Urteil kein Revisionsgericht der Rheinarmee Revision eingelegt.

### Milliardenbeute der Belgier.

**Aachen**, 12. 9. (W. T. B.)

Es fielen den Belgiern in die Hände: 1. Zu Aachen 38 000 000 Mark, 2. In Eschweiler 122 351 000 000 Mark, 3. in Jülich 87 586 750 000 Mark, 4. in Stolberg 16 468 000 000 Mark, insgesamt 264 805 500 000 Mark. In der Reichsbankstelle Duisburg wurden 20 Milliarden weggenommen. Bei der Reichsbankstelle Duisburg-Meiderich wurden 25 019 500 000 Mark, bei der Reichsbankstelle Duisburg-Ruhrort 184 667 200 000 Mark, bei der Nebenstelle Homberg 2 081 870 000 Mark weggenommen. Am 4. September wurden in Kreisel durch die belgische Kriminalpolizei 200 Milliarden Mark weggenommen. Ferner fielen ihr am 6. d. M. 68 Milliarden, die für Gehalts- und Lohnzahlungen bestimmt waren, in die Hände.

In Düsseldorf sind gestern bei der Stadtverwaltung den den Franzosen 350 Milliarden Mark fortgenommen worden.

Wie die „Kölnische Zeitung" aus Gelsenkirchen berichtet, hat die Gesellschaft der Zeche Ewiger 1 bis 4 am Sonnabend Lohngelder in Höhe von 150 Milliarden Mark auf der vierten Sohle der Schachtanlage, und zwar in der Sprengstoffkammer, unter starker Bewachung eingeschlossen, um es gegen Diebstahl, vor allem gegen Beschlagnahme durch die Franzosen zu sichern. Am Montag morgen war das Geld verschwunden. Alle Bemühungen der Polizei, Licht in den Diebstahl zu bringen, blieben bisher erfolglos.

### Abrüstungsdebatte im Völkerbund.

**Genf**, 13. 9. (W. T. B.) Der dritte Ausschuß (Völkerbundsversammlung (Abrüstung) gutachtete heute nach längerer Debatte die Präambel und den ersten Artikel des Vertrages der gegenseitigen Unterstützung. Die Präambel lautet: Die vertragschließenden Staaten sind von dem Wunsche beseelt, die Grundlage zu einer gegenseitigen Garantieleistungsgarantieleistungen zu schaffen, um die Durchführung des Artikels 10 des Völkerbundspaktes sowie auf Grund des Artikels 8 die Herabsetzung oder Einschränkung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß zu erleichtern, dad im Einklang mit der nationalen Sicherheit und der Erfüllung aller Verträge durch eine durch gemeinsame Aktion gekotene internationale Verpflichtung steht. Der Passus über die Anwendung des Artikel 10 wurde auf französischen Vorschlag angenommen, Artikel 10 lautet: Die vertragschließenden Parteien erklären jeden Angriffskrieg für ein internationales Verbrechen und verpflichten sich, kein solches Verbrechen zu begehen.

Nach langwierigen Debatten über die jedes Jahr in verschiedenen Formen von Kanada geforderte und von der Versammlung immer wieder abgelehnte Abänderung des Artikel 10 beauftragte der erste Ausschuß der Versammlung (Abrüstungsfragen) einen Unterausschuß mit der Ausarbeitung eines ausführenden Kommentars zu Artikel 10.

### Die Gerüchte über eine Milliardenbeute Dollaranleihe.

e. **New York**, 12. 9. (Eigenbericht.) Wie hier verlautet wird, sind die Berichte vom Mittwoch unbegründet, wonach die internationalen Bankiers geplant hätten, Deutschland nach Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr eine Anleihe von einer Milliarde Dollar zu gewähren.

Entgegen dieser Meldung unseres New Yorker Berichterstatters behauptet der Korrespondent der „United Press" in Washington, daß die offiziellen Kreise, auch die amerikanischen Banken, bereit seien, ein Drittel der deutschen Anleihe für sich zu zeichnen, wenn die Anleihe selbst sich bis auf eine Milliarde Dollar belaufen wird, ferner wenigstens sich mit 30 bis 40 % an dieser zu beteiligen, falls sie 1½ oder sogar 2 Milliarden Dollar erreichen sollte.

## Pariser Pressekommentare zur Kanzlerrede.

### „Ein Schritt vorwärts."

S. **Paris**, 13. 9. (Eigenbericht)

Der Inhalt der gestrigen Reichskanzlerrede wurde in Paris erst sehr spät bekannt. Die Rede, aus der allgemein große Ausgüge veröffentlicht werden, findet, soweit die Blätter überhaupt Stellung dazu nehmen, durchaus eine außerordentlich günstige Aufnahme. Der „Petit Parisien" bezeichnet sie als einen wirklichen Fortschritt. Man hoffe, daß die gleichzeitig ein Schritt vorwärts. Allerdings könne sich der Kanzler auch jetzt noch nicht freimachen von irrtümlichen Auffassungen. Er biete reale Garantien an in Form von Hypotheken auf das deutsche Eigentum, die nicht nur von Deutschen, sondern von allen Alliierten zusammen verwaltet werden und deren Gelderträgnisse in die Reparationskasse fließen sollten. Der Kanzler glaube, daß dies System genüge, um die Räumung des Ruhrgebiets zu rechtfertigen. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung in der Lage sei, ihre Stellung unerschüttert zu wahren. Sie könne die Kontrollregie im Ruhrgebiet abändern, sie werde aber das Gebiet selbst lediglich nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen.

Der „Gaulois" erblickt in dem Anerbieten des Reichskanzlers die erste Etappe zu einer Lösung, die er gefürchtet zu wünschen scheint und deren Verwirklichung einzig und allein von ihm abhänge. Der „Figaro" stellt nochmals den französisch-deutschen Gegensatz fest. Poincaré sage: „Zahlt und wir werden die Ruhr räumen", Stresemann aber betone: „Räumt die Ruhr, damit wir euch bezahlen können."

Von den gleichfalls zusammenzuwerfen Blättern der Opposition seien nur folgende zitiert: „Echo national": Jede neue Rede des Kanzlers bringt etwas mehr Klarheit über seine Absichten. Die Rede, die er gestern gehalten hat, hat in einzelnen Punkten interessante Eingeständnisse erkennen. „Echo Nouvelle" schreibt von der Sprache der Vernunft, und das „Centre" hält fest, daß Deutschland von jetzt ab, anstatt sich hinter unglaublichen Protesten zu verschanzen, die Diskussion über das ernsthaftere Problem — über das der Reparationen — aufnimmt.

*

Ministerpräsident Poincaré wird sich Ende der Woche wiederum in seinen Wahlkreis an der Mosel begeben und am Sonnabend dort zwei Reden halten.

Von anderer Seite wird aus Paris gemeldet, daß Poincaré morgen nach Boulogne abreise.

### Noch kein Echo aus London.

A. **London**, 13. 9. (Eigenbericht)

Die Rede Dr. Stresemanns wird von der Londoner Presse vorläufig noch nicht besprochen. Die Blätter veröffentlichen dagegen eingehende Berichte über die Lage in Deutschland, vermeiden jedoch jede Stellungnahme. Ebenso schweigsam sind auch die Regierungskreise. Von offizieller Seite wird lediglich betont, daß das von Paris aus verbreitete Gerücht, wonach die englische Regierung in Berlin zu Sonderverhandlungen mit Frankreich angeraten haben soll, unzutreffend sei. Das Kabinett Baldwin habe immer nur eine Vermittlerrolle zwischen allen beteiligten Mächten angestrebt. Es ist begreifend, daß diese Auffassung in London wieder in den Vordergrund betont wird, da über neue Schwierigkeiten zwischen Berlin und Paris berichtet wird. Im übrigen wäre es verfehlt, daraus und abstrakten Aeußerungen der Londoner Regierungsblätter im Sinne der Ruhrpolitik Bedeutung beizumessen. Bahrheit ist, daß es eine englische Politik in bezug auf Deutschlands Gegenwart überhaupt nicht gibt. Oft wenn die einzelne Unterredung Baldwins mit Poincaré stattgefunden und das Londoner Kabinett über das Ergebnis der letzten Verhandlungen berichtet hat, wird die englische Politik neue Beschäfte fassen, die im übrigen an ihrer passiven Haltung sicherlich nichts ändern werden.

### Das belgische Graubuch.

S. **Paris**, 13. 9. (Eigenbericht.) Nach hiesigen Blättermeldungen ist das lange erwartete belgische Graubuch mannscher beeren erschienen. Es ist weiten stark und enthält 54 Dokumente aus der Zeit vom 22. Dezember 1922 bis zur belgischen Antwort auf die englische Note am 27. August d. J. Das Graubuch ist von höchstem politischen Interesse, weil es nicht nur die Haltung der belgischen Regierung in der ganzen Reparationsfrage, sondern auch die wiederholten Bitten von Belgien gemachten positiven Vorschläge und vor allem auch die technischen Gutachten seiner Sachverständigen enthält.

### Russisch-französische Finanzverhandlungen.

**Paris**, 13. 9. (Eigenbericht.) Der Präsident der russischen Staatsbank wird demnächst eintreffen, um mit den Finanzverhandlungen über die finanzielle Zusammenarbeit Rußlands mit einer großen französischen Bankengruppe zum Abschluß zu bringen.

### Internationale hygienische Kommission.

**Genf**, 13. 9. (W. T. B.) Heute tritt in Genf die internationale hygienische Kommission zusammen, die auf Grund des Beschlusses der letzten Konferenz geschaffen wurde. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Mißbrauch in Frankreich und die Unterbringung des internationalen Arbeitsamtes über gesundheitschädigende Arbeiten.

### Wieder eine amerikanische Schiffsahnarie.

**London**, 13. 9. (T. U.) Aus San Pedro wird mitgeteilt, daß das amerikanische Panzerschiff „Texas" gestern früh in dichtem Nebel mit einem Warenbampfer kommt und dieser Dampfer dann zusammengestoßen sei, wo sieben amerikanische Torpedobootsjäger vergangenen Freitag scheiterten. Der Warenbampfer kommt aus dieser Stadt seine Reise fortsetzen wird, wie man hofft, in San Francisco eintreffen.

## Die Rede des Reichskanzlers.

Die Rede, die der deutschkanzler gestern in der Pressabteilung der Reichsregierung gehalten hat, ist zunächst wegen ihrer innerpolitischen Ausführungen wichtig. Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch hat der maßgebende Beamte des Reichs über „Reparationsfragen. Wir haben ganz außerordentlich viel in den letzten fünf Jahren über Währungs- und Finanzfragen zu hören bekommen, über positiven Widerspruch und über die Notwendigkeit allgemeiner Sparsamkeit, über Verfassungsfragen und Schutz der Republik. Je tiefer die Mark sank, desto intensiver wurde über den Verfall der Mark und die Notwendigkeit ihrer Besserung gesprochen. Geholfen hat alles nichts. Denn über den einen Punkt, der eine wesentliche Voraussetzung unseres außen- wie innenpolitischen Aufstieges: über die Notwendigkeit erhöhter Arbeitsleistung sprach niemand. Herr Stresemann hat's gestern getan, und das rechnen wir ihm zum Verdienst an. Hierbei betonen wir freilich, daß uns weniger seine Worte selber befriedigt haben, als vielmehr die Ankündigung, das Kabinett werde sich in den nächsten Tagen mit der Frage der Arbeitsleistung befassen. Zunächst werde man eine Erhöhung der heimbaulichen Produktion im nichtbesetzten Deutschland ins Auge fassen.

Jedermann weiß, wie sehr die Frage einer erhöhten Arbeitsintensität gerade in Deutschland von Dornen und Stacheln starrt. Jahrelang vor dem Kriege ist die schamte deutsche Arbeiterschaft von Partei und Gewerkschaft an die Forderung nach dem Achtstundentag gewöhnt worden. Die Argumentierung für diese verkürzte Arbeitszeit ging darauf aus, daß es bei voller Entfaltung der Technik sehr wohl möglich sei, in acht Stunden nicht weniger zu produzieren, als in vorlängerter Arbeitszeit. Die Ergebnisse des Achtstundentages in den Unternehmungen, wo er vor dem Kriege bereits eingeführt war, widersprachen in der Tat dieser These ganz und gar nicht. Zwar nicht allenthalben, so doch in vielen Fällen erwies sich der Achtstundentag als keine Schädigung der Produktivität der Arbeit, ganz abgesehen davon, daß für bestimmte Arbeitsfassgorien eine achtstündige Arbeit schon viel zu lang ist.

Allein diese These wie ihre reinweiße Rechtfertigung durch die Praxis, hatte zur wesentlichen Voraussetzung den ungeteilten Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Voraussetzung traf für Deutschland nach dem Kriege nicht mehr zu. Nicht nur von innen her durch die Maßregeln der Zwangswirtschaft, noch mehr von außen hatte die Gewalt der Besatzungsmächte eine Zerreißung alter und absolut auseinander angewiesener Produktionsgebiete, wie Lothringen und Ruhrgebiet, ihre Trennung durch Zollschranken, die Verkürzung der Weltbeschäftigung im Auslande, der Verlust wichtigster Absatzmärkte, die systematische Zerstörung zahlreicher Produktionsgebiete durch den Feind, vor allem aber schließlich die Verwüstung der deutschen Bahnen bedeuteten ungeheuere Eingriffe, in den aufsteigenden Entwicklungsgang des deutschen Kapitalismus. Elementarereignisse Kunsch, Deutschland zum Krüppel zu schlagen, ist Tatsache geworden. Die Kosten für notwendig werdende Investitionen wurden immer unerschwinglicher, die Lohne beanspruchten einen stets wachsenden Teil der Gesamtkosten, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters hatte durchweg bedeutend abgenommen.

Aber das alles verschlug bei der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wenig. Sie waren Gefangene ihrer eigenen Agitation und ihrer Achtzigstundenwochen Achtstundentag geworden. Der Achtstundentag wurde geradezu festgelegt, und als von den zahlreichen politischen Illusionen eine nach der anderen gebrochen, da klammerte man sich um so fester an die „einzige Errungenschaft" der Revolution für die Arbeiter, an den Achtstundentag. Und daß, auch den heutigen Tag erklären die Gewerkschaften jedes Antasten des Achtstundentages für ein Verbrechen. Nun handelt es sich natürlich dabei nicht so sehr um die tertische Frage der Beibehaltung des Achtstundentages — das ist auch in unserer Zeitung oft genug betont worden —, sondern um die Hebung der Produktivität der deutschen Arbeit, für die alle Kreise, auch die Arbeiter, schwere Lasten auf sich nehmen müssen. Wie die Dinge augenblicklich liegen, dafür hat Herr Stresemann in seiner Rede ein Beispiel angeführt, dessen Anpassung er in dem Satz formulierte: es ist niemand berechtigt, dem Staat durch Minderleistung in dieser Weise zu schädigen. Es ist ein Beispiel, das Kreise kranzhalten, also nicht so sehr um „Opfer" zu verlangen, darum handelt es sich, und Herr Stresemann sieht nur endlich die Konsequenz aus einer unerträglichen und auch den Lebensgefährlichen Situation, wenn er diesen Dingen auf den Leib rückt. Daß bei der Rede, in der dieses Programm auf